

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

BWaldG

Bundeswaldgesetz

Kommentar

Von

Prof. Dr. jur. Ewald Endres

Professor für Forstrecht und Forstpolitik an der
Hochschule Weihenstephan, Rechtsanwalt in Berlin

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 14448 8](http://ESV.info/9783503144488)

Zitervorschlag:

Endres, BWaldG, § ... Rn. ...

Hinweise zur Vorschriften-Datenbank

Mit Erwerb des Buches erhalten Sie Zugriff auf unsere umfangreiche, ständig aktualisierte Datenbank mit wichtigen Vorschriften des Forst- sowie des Natur- und Bodenschutzes. Profitieren Sie u. a. von der Volltextsuche sowie dem automatischen Textvergleich mit früheren Fassungen.

Informationen zum Zugang erhalten Sie auf S. 591 in diesem Buch.

ISBN 978 3 503 14448 8

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US-Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Kösel, Altusried-Krugzell

Vorwort

Im Bereich des Forstrechts hat sich in den letzten zehn Jahren einiges getan. Neben der Föderalismusreform, durch welche die Gesetzgebungskompetenz verschoben wurde, gibt es zahlreiche inhaltliche Änderungen im Bundes- sowie in den Landeswaldgesetzen. Teilweise sind diese auf die Umstrukturierungen der Landesforstverwaltungen zurückzuführen, daneben aber auch auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Landnutzung, des Planungs-, Umwelt- und Naturschutzrechts.

Das vorliegende Werk ist als Praxis- bzw. Praktikerkommentar konzipiert. Es richtet sich an hoheitliche Entscheidungsträger in Behörden und Gerichten genauso wie an Waldbesitzer und Rechtsanwälte. Der Verfasser ist neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer und Rechtsanwalt selbst ausgebildeter Forstmann, der mehrere Jahre als Beamter einer Landesforstverwaltung tätig war. Vor diesem Hintergrund sind ihm die unterschiedlichen Anforderungen, die von staatlicher und gesellschaftlicher Seite an den Wald gestellt werden ebenso vertraut, wie die Interessen der Waldbesitzer, Jäger und Erholungssuchenden. In diesem Zusammenhang verfolgt die Kommentierung den Zweck, dem Rechtsanwender gleich wie dem Rechtsunterworfenen eine fundierte und praxisbezogene Erläuterung der wichtigsten bundes- und landesrechtlichen Regelungen zu liefern, ohne dabei die zum Verständnis erforderlichen Hintergründe sowie die Bezüge zu anderen Rechtsgebieten zu vernachlässigen. Besonderes Augenmerk wird dabei vor allem auf das Verhältnis zwischen Bundes- und Landesrecht sowie aktuelle Gerichtsentscheidungen gelegt. Grundlage der Erläuterungen ist – soweit ein solcher existiert – der gesicherte Stand von Rechtsprechung und Literatur. Das im Juli 2013 in Kraft getretene neue Hessische Waldgesetz ist bereits berücksichtigt.

Zusätzlich kommt der Käufer des Kommentars in den Genuss einer umfangreichen, ständig aktualisierten Online-Datenbank mit wichtigen Vorschriften des Forst- sowie des Natur- und Bodenschutzrechts. Zu Vergleichszwecken bleiben auch frühere Versionen recherchierbar und können komfortabel mit aktuellen Vorschriften verglichen werden. So kann auf einen Blick nachvollzogen werden, was sich geändert hat. Ganz am Ende des Werks findet sich – zusammen mit Hinweisen zur Nutzung der Datenbank – eine Übersicht über die online verfügbaren Vorschriften.

Berlin, im November 2013

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	29

Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz – BWaldG)	51
--	----

Einleitung	73
I. Rechtsentwicklung	74
II. Bundesforstrecht	74
1. Allgemeines	74
2. Bundeswaldgesetz (BWaldG)	76
a) Entstehungsgeschichte	76
b) Änderungen des BWaldG	79
c) Übersicht über den Inhalt des BWaldG	81
III. Landesforstrecht	83
1. Gesetzgebungskompetenz	83
2. Allgemeines Forstrecht der Länder	84
3. Forstschutzrecht der Länder	86
IV. Verhältnis des Forstrechts zu anderen Rechts- bereichen	89
1. Überblick	89
2. Allgemeines Forstrecht und Naturschutz- und Landschaftspflegerecht	90
3. Allgemeines Forstrecht und Jagdrecht	92
V. Systematik der Erläuterungen zum BWaldG	93

ERSTES KAPITEL

Allgemeine Vorschriften	95
--	----

§ 1 Gesetzeszweck	95
I. Einführung	96
1. Rechtlicher Überblick	96
2. Entstehungsgeschichte	97
3. Rechtliche Bedeutung	97
II. Erhaltung, Mehrung und ordnungsgemäße Bewirtschaftung	99
1. Walderhaltung	99
2. Waldmehrung	99

	3. Ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung	100
	III. Waldfunktionenlehre	100
	1. Die Nutzfunktion	102
	2. Die Schutzfunktion	103
	3. Die Erholungsfunktion	106
	IV. Förderung der Forstwirtschaft	107
	V. Interessenausgleich	108
	VI. Landesrecht	109
§ 2	Wald	113
	I. Einführung	115
	1. Rechtlicher Überblick	115
	2. Entstehungsgeschichte	115
	3. Rechtliche Bedeutung und Begrifflichkeit	116
	II. Die Generalklausel (§ 2 Abs. 1 Satz 1)	118
	1. Allgemeines	118
	2. Begriff der Forstpflanzen	118
	3. Unerhebliche Kriterien	120
	4. Begriff der Grundfläche	122
	5. Mindestgröße	122
	III. Dem Wald gleichgestellte Flächen (§ 2 Abs. 1 Satz 2)	125
	IV. Ausgenommene Flächen	130
	1. Allgemeines	130
	2. Kurzumtriebsplantagen	131
	3. Agroforstliche Nutzungen	135
	4. Zum Stichtag landwirtschaftlich genutzte Flächen .	136
	5. Kleinere Flächen	137
	V. Ermächtigung der Länder	141
	1. Allgemeines	141
	2. Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen	142
	3. Zum Wohnbereich gehörende Parkanlagen	142
	VI. Landesrecht	144
	1. Die Generalklausel	144
	2. Gleichgestellte Flächen	145
	3. Ausgenommene Flächen	145
	VII. Verfassungsrechtliche Würdigung des Landesrechts .	147
	1. Die Generalklausel	147
	2. Gleichgestellte Flächen	150
	3. Ausgenommene Flächen	151
§ 3	Waldeigentumsarten	158
	I. Einführung	159
	II. Staatswald (§ 3 Abs. 1)	159
	III. Körperschaftswald (§ 3 Abs. 2)	160
	IV. Privatwald (§ 3 Abs. 3)	160

	V. Landesrecht	161
	1. Staatswald	161
	2. Körperschaftswald	162
	3. Privatwald	164
§ 4	Waldbesitzer	165
	I. Bedeutung der Vorschrift	165
	II. Waldeigentümer	165
	III. Besitzer	166
	IV. Nutzungsberechtigter	166
	V. Mehrere Waldbesitzer	167
	VI. Landesrecht	167
	ZWEITES KAPITEL	
	Erhaltung des Waldes	
		169
§ 5	Vorschriften für die Landesgesetzgebung	169
	I. Einführung und Entstehungsgeschichte	170
	II. Rahmenvorschriften für die Länder (§ 5 Satz 1)	171
	III. Regelungsauftrag an die Länder (§ 5 Satz 2)	174
	1. Rechtscharakter	174
	2. Umsetzungsfrist	175
	3. Entschädigungsregelungen	176
	a) Gesetzgebungskompetenz und -verfahren	176
	b) Eigentumsbegriff und -inhalt	178
	c) Eingriffe ins Eigentum	179
	d) Bestandsgarantie	180
	e) Inhalts- und Schrankenbestimmungen und deren Grenzen	180
	f) Enteignung	184
	g) Höhe der Enteignungsentschädigung	186
	h) Salvatorische Klauseln	187
	i) Einordnung der forstrechtlichen Bestimmungen	189
	j) Grundrechtsfähigkeit der verschiedenen Waldeigentumsarten	190
	k) Das Problem der Belastungskumulation	191
	l) Entschädigung für neuartige Waldschäden	192
	IV. Landesrecht	197
	V. Anhang zu § 5: Richtlinien für die Ermittlung und Prüfung des Verkehrswerts von Waldflächen und für Nebenentschädigungen (Waldwertermittlungs- richtlinien 2000 – WaldR 2000) in der Fassung vom 12. Juli 2000 (BAnz Nr. 168a vom 6. September 2000)	202
	Vorbemerkung	202

	Erster Teil:	
	Ermittlung des Verkehrswerts von Waldflächen	203
	1. Begriff der Waldfläche	203
	2. Wertermittlungsgrundsatz	203
	3. Wertermittlungsverfahren	204
	4. Wertgutachten	205
	5. Ermittlung des Waldbodenverkehrswerts	207
	6. Ermittlung des Verkehrswerts der Waldbestände..	208
	7. Besondere Anlagen und Einrichtungen im Wald ..	212
	Zweiter Teil:	
	Nebenentschädigungen	213
	8. Entschädigung für sonstige Vermögensnachteile ..	213
	Abschnitt I	
	Forstliche Rahmenplanung und Sicherung der Funktionen des Waldes bei Planungen und Maßnahmen von Trägern öffentlicher Vorhaben	214
	VI. Vorbemerkung	214
§ 6	Aufgaben und Grundsätze der forstlichen Rahmen- planung.	214
	I. Einführung und Entstehungsgeschichte	216
	II. Rechtliche Bedeutung	218
	III. Anlass der Aufhebung	219
	IV. Ziele der forstlichen Rahmenplanung (§ 6 Abs. 1) . . .	219
	V. Verhältnis zur Raumplanung (§ 6 Abs. 2)	221
	1. Raumplanung und Bauleitplanung	221
	2. Räumliche Fachplanung	222
	3. Koordinierung der verschiedenen Planungen	222
	4. Verbindlichkeit	225
	5. Deklaratorischer Charakter	227
	VI. Planungsgrundsätze (§ 6 Abs. 3)	227
	1. Rechtlicher Gehalt	228
	2. Die Grundsätze im Einzelnen	229
	VII. Landesrecht	231
	1. Landesrecht entsprechend § 6 Abs. 1.	231
	2. Landesrecht entsprechend § 6 Abs. 2.	231
	3. Landesrecht entsprechend § 6 Abs. 3.	232
	4. Besonderheiten	232
§ 7	Forstliche Rahmenpläne.	234
	I. Rechtliche Bedeutung des § 7 Abs. 1	235
	II. Planungsräume und -ebenen (§ 7 Abs. 1 Satz 1)	236

III.	Verfahren und Beteiligungspflichten (§ 7 Abs. 1 Satz 2 und 3)	238
IV.	Sachlicher Inhalt (§ 7 Abs. 2)	241
V.	Rechtswirkung (§ 7 Abs. 3)	243
	1. Innen- und Außenwirkung	243
	2. Bindungswirkung durch Integration	244
	3. Integrationsfähige Instrumente	246
	4. Integrationsverfahren	248
VI.	Landesrecht	249
	1. Stand der Gesetzgebung	249
	2. Planungsverfahren	249
	3. Landesrecht im Einzelnen	251
VII.	Effizienzprobleme und Verbesserungsmöglichkeiten . .	254
§ 8	Sicherung der Funktionen des Waldes bei Planungen und Maßnahmen von Trägern öffentlicher Vorhaben . . .	259
I.	Einführung	260
II.	Adressat	260
III.	Erfasste Vorhaben	261
IV.	Mitwirkungspflichten	262
	1. § 8 Nr. 1	262
	2. § 8 Nr. 2	263
V.	Landesrecht	263
VI.	Verfassungsrechtliche Würdigung des Landesrechts . .	264

Abschnitt II

Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes,

Erstaufforstung

§ 9	Erhaltung des Waldes	266
I.	Einführung	268
	1. Rechtlicher Überblick	268
	2. Entstehungsgeschichte	269
	3. Rechtliche Bedeutung und Verhältnis zur Eingriffsregelung	270
II.	Genehmigungsvorbehalt	272
	1. Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	272
	2. Gegenstand des Verbots	273
	3. Begriffe Waldumwandlung, Rodung, andere Nutzungsart	274
III.	Verfahren	280
	1. Allgemeines	280
	2. Umweltverträglichkeitsprüfung	283
	3. Ersatzaufforstung, Sicherheitsleistung und Walderhaltungsabgabe	284

	4. Umwandlung ohne Genehmigung	289
IV.	Materiell-rechtliche Voraussetzungen	291
	1. Rechtsnatur der Abwägungsentscheidung	291
	2. Belange der Allgemeinheit	293
	3. Erfordernisse der Raumordnung und Landes- planung	294
	4. Belange des Waldbesitzers	295
	5. Belange Dritter	296
	6. Bewertungsgrundsatz und Gewichtung	298
	7. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	299
	8. Bewertungsbeispiele	300
	a) Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts	300
	b) Forstliche Erzeugung	302
	c) Erholung der Bevölkerung	302
	d) Landesrecht	303
	9. Umwandlung auf Zeit (§ 9 Abs. 2)	304
V.	Ermächtigung der Länder	307
	1. Genehmigungsfreistellung	307
	2. Wirkung der Konzentration	308
	3. Stärkere Einschränkung und Untersagung der Waldumwandlung	308
VI.	Landesrecht	310
§ 10	Erstaufforstung	313
I.	Einführung	314
	1. Entstehungsgeschichte	314
	2. Rechtliche Bedeutung und Verhältnis zur Eingriffsregelung	316
II.	Genehmigungsvorbehalt (§ 10 Abs. 1 Satz 1)	319
	1. Begriff der Erstaufforstung	320
	2. Erstaufforstung von Grenzertragsböden, Brachflächen und Ödland	322
III.	Verfahren	323
	1. Allgemeines	323
	2. Umweltverträglichkeitsprüfung	326
	3. Erstaufforstung ohne vorherige Genehmigung	327
	4. Rechtsnatur der Genehmigung und Prüfungsablauf	328
IV.	Materiell-rechtliche Voraussetzungen (§ 10 Abs. 1 Satz 2)	331
	1. Erfordernisse der Raumordnung und Landes- planung	331
	2. Planerische Vorgaben	334
	3. Naturschutz- und Landschaftspflege	336

	4. Agrarstruktur und Landeskultur	339
	5. Erhebliche Nachteile für die Umgebung	342
V.	Ermächtigung der Länder (§ 10 Abs. 2)	343
	1. Genehmigungsfreistellung	344
	2. Stärkere Einschränkung und Untersagung der Erstaufforstung	345
VI.	Landesrecht	346
§ 11	Bewirtschaftung des Waldes	348
I.	Einführung	350
	1. Rechtlicher Überblick	350
	2. Entstehungsgeschichte	350
	3. Rechtliche Bedeutung und Verhältnis zur Eingriffsregelung	352
	4. Anwendungsbereich	354
II.	Grundregel (§ 11 Abs. 1 Satz 1)	355
	1. Allgemeines	355
	2. Bewirtschaftung des Waldes	357
	3. Im Rahmen seiner Zweckbestimmung	359
	4. Ordnungsgemäße Bewirtschaftung	361
	5. Nachhaltige Bewirtschaftung	366
	6. Belange des Naturschutzes	367
III.	Mindestregelungen (§ 11 Abs. 1 Satz 2)	368
	1. Überblick	368
	2. Hiebsunreife Bestände	369
	3. Wiederaufforstung	370
	4. Freistellung von der Verpflichtung	373
IV.	Belange des Denkmal- und Kulturgüterschutzes (§ 11 Abs. 2)	374
V.	Landesrecht	375
§ 12	Schutzwald	377
I.	Allgemeines	378
II.	Materiell-rechtliche Voraussetzungen (§ 12 Abs. 1 Satz 1)	379
	1. Abwehr oder Verhütung von Beeinträchtigungen	380
	2. Gefahr	380
	3. Nachteile	381
	4. Belästigungen	381
	5. Erheblichkeit	381
	6. Wohl der Allgemeinheit	382
	7. Notwendigkeit der Durchführung oder Unterlassung von Maßnahmen	382
III.	Typische Schutzzwecke (§ 12 Abs. 1 Satz 2)	383

IV.	Konkurrenzen (§ 12 Abs. 1 Satz 3)	384
1.	Straßenschutzwald	385
2.	Wasserschutzwald	386
3.	Naturschutzrechtlicher Gebietsschutz	386
4.	Rechtliche Würdigung	387
V.	Verfahren (§ 12 Abs. 2)	388
1.	Ausweisung durch Gesetz	389
2.	Ausweisung durch Verordnung	389
3.	Ausweisung durch Vertrag	390
4.	Ausweisung durch Verwaltungsakt	390
VI.	Gebote und Verbote (§ 12 Abs. 3)	391
VII.	Weitere Schutzzwecke (§ 12 Abs. 4)	392
1.	Naturwaldreservate, Naturwälder, Naturwaldzellen	393
2.	Schonwald	395
3.	Biotopschutzwald	396
4.	Bannwald	396
5.	Standortschutzwald	398
6.	Sturmschutzwald	398
7.	Bodenschutzwald	399
8.	Küstenschutzwald	400
VIII.	Landesrecht	400
§ 13	Erholungswald.	403
I.	Allgemeines	404
II.	Materiell-rechtliche Voraussetzungen (§ 13 Abs. 1)	406
1.	Waldflächen	406
2.	Zwecke der Erholung	406
3.	Wohl der Allgemeinheit	407
4.	Schutz, Pflege oder Gestaltung von Waldflächen	407
III.	Ermächtigung der Länder (§ 13 Abs. 2 Satz 1)	408
1.	Verfahren	408
2.	Konkurrenzen	409
3.	Maßnahmenbereiche (§ 13 Abs. 2 Satz 2)	409
a)	Bewirtschaftungsmaßnahmen	410
b)	Jagdausübungsbeschränkungen	410
c)	Duldungsverpflichtungen für Waldbesitzer	411
d)	Verhaltensregelungen für Waldbesucher	411
e)	Aktiv orientierte Maßnahmen	412
IV.	Landesrecht	412
§ 14	Betreteten des Waldes	416
I.	Einführung	418
II.	Frühere Rechtslage	418
III.	Entstehungsgeschichte	422

IV.	Rechtliche Bedeutung.	424
V.	Inhalt der Betretungsbefugnis (§ 14 Abs. 1 Satz 1) . . .	425
	1. Betretungsobjekt Wald.	425
	2. Betretungsbegriff	426
	3. Zum Zweck der Erholung	427
VI.	Rechtsnatur der Betretungsbefugnis.	429
VII.	Fahr- und Reitbefugnisse (§ 14 Abs. 1 Satz 2, § 14 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 2)	435
	1. Beschränkung auf Straßen und Wege	436
	2. Radfahren und Fahren mit Krankenfahrstühlen.	442
	3. Reiten.	443
	4. Gleichstellung anderer Benutzungsarten	448
VIII.	Auf eigene Gefahr, insbesondere bzgl. waldtypischer Gefahren (§ 14 Abs. 1 Satz 3)	449
IX.	Ermächtigung der Länder (§ 14 Abs. 2 Satz 1)	458
	1. Wohlverhaltensregeln	459
	2. Gesetzeskonkurrenzen.	461
	3. Entschädigungsregelungen	462
	4. Einschränkungen der Betretungsbefugnis (§ 14 Abs. 2 Satz 2 Halbs. 1)	462
	a) Aus wichtigem Grund	463
	b) Interesse des Waldbesuchers	464
	c) Interessen des Waldbesitzers	464
	d) Forstschutz	466
	e) Belange der Wildhege.	466
	f) System der Einschränkungsregeln.	468
	g) Arten der Einschränkung	471
X.	Landesrecht	473
DRITTES KAPITEL		
	Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	481
Abschnitt I		
Allgemeine Vorschriften		
§ 15	Arten der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse	481
I.	Einführung.	482
	1. Entstehungsgeschichte.	482
	2. Altrechtliche Waldkorporationen	482
	3. Rechtsformen heute	483
II.	Erläuterungen	484
	1. Regelungszweck.	484
	2. Anerkennung	484
III.	Landesrecht	485

Abschnitt II		
Forstbetriebsgemeinschaften		
§ 16	Begriff	485
§ 17	Aufgaben der Forstbetriebsgemeinschaft	485
§ 18	Anerkennung	486
§ 19	Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine	487
§ 20	Widerruf der Anerkennung	487
	I. Einführung	488
	1. Begriff	488
	2. Rechtsform	489
	3. Strukturdaten	489
	II. Anerkennung	489
	1. Anerkennungsverfahren	489
	2. Anerkennungsvoraussetzungen	492
	3. Verleihung der Rechtsfähigkeit	494
	III. Widerruf der Anerkennung	495
	IV. Steuerrechtliche Aspekte	497
Abschnitt III		
Forstbetriebsverbände		
§ 21	Begriff und Aufgabe	498
§ 22	Voraussetzungen für die Bildung eines Forstbetriebs- verbandes	498
§ 23	Bildung eines Forstbetriebsverbands	499
§ 24	Mitgliedschaft	499
§ 25	Satzung	499
§ 26	Organe des Forstbetriebsverbands	500
§ 27	Aufgaben der Versammlung	500
§ 28	Vorsitz in der Versammlung, Einberufung und Stimmenverhältnis	500
§ 29	Vorstand	501
§ 30	Verbandsausschuß	501
§ 31	Änderung der Satzung	501
§ 32	Ausscheiden von Grundstücken	502
§ 33	Umlage, Beiträge	502
§ 34	Aufsicht	502
§ 35	Verbandsverzeichnis	503
§ 36	Auflösung des Forstbetriebsverbandes	503
	I. Rechtsform und Entstehungsgeschichte	504
	1. Begriff	504
	2. Entstehungsgeschichte	504
	II. Gründung	505
	1. Gründungsvoraussetzungen	505
	2. Gründungsverfahren	506

III. Mitgliedschaft	507
IV. Satzung	508
V. Organe	508
VI. Satzungsänderung	510
VII. Ausscheiden von Grundstücken	511
VIII. Umlagen, Beiträge	512
IX. Aufsicht	513
X. Verbandsverzeichnis	513
XI. Auflösung des Forstbetriebsverbandes	514

Abschnitt IV

Forstwirtschaftliche Vereinigungen 515

§ 37 Begriff und Aufgabe	515
§ 38 Anerkennung	515
I. Einführung und Rechtsform	516
II. Zweck und Aufgabe	517
III. Anerkennungsverfahren und Anerkennung	517
IV. Zulassung sonstiger Mitglieder	518
V. Verleihung der Rechtsfähigkeit und Widerruf der Anerkennung	519

Abschnitt V

Ergänzende Vorschriften 519

§ 39 Sonstige Zusammenschlüsse in der Forstwirtschaft	519
I. Gleichstellung altrechtlicher Forstverbände	520
II. Anpassungsermächtigung	520
III. Gleichstellung altrechtlicher Zusammenschlüsse	521
IV. Fortgeltung des Landesrechts	522
§ 40 Befreiung von Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	522
I. Inhalt der kartellrechtlichen Privilegierung	523
II. Privilegierung der Forstwirtschaftlichen Vereini- gungen	525
III. Geltung des GWB im Übrigen	525

VIERTES KAPITEL

Förderung der Forstwirtschaft, Auskunftspflicht 527

§ 41 Förderung	527
I. Historischer Überblick und Hintergrund	528
II. Programmatischer Charakter	529
III. Schwerpunkte und Mittel der Förderung	529
IV. Berichtspflicht	530
V. Prinzip der Kofinanzierung	530

VI. Zuwendungsempfänger	531
VII. Landesrecht	531
§ 41a Walderhebungen	531
I. Bundeswaldinventur	533
II. Aufgabenverteilung zwischen Bund und Länder	533
III. Klimaberichterstattung	534
IV. Befugnisse gegenüber Waldbesitz	534
V. Verordnungsermächtigungen	534
VI. Landesrecht	534
§ 42 Auskunftspflicht	535
§ 43 Verletzung der Auskunftspflicht	535
I. Anwendungsbereich	535
II. Auskunftsverweigerungsrecht	536
III. Verletzung der Auskunftspflicht	537
FÜNFTES KAPITEL	
Schlußvorschriften	
	539
§ 44 Allgemeine Verwaltungsvorschriften	539
I. Erläuterungen	539
§ 45 Anwendung des Gesetzes in besonderen Fällen	539
I. Rechtlicher Hintergrund	540
II. Beschränkte Anwendung des Gesetzes (§ 45 Abs. 1)	541
III. Besondere Verfahrensbestimmungen (§ 45 Abs. 2)	542
IV. Berücksichtigungspflicht	543
V. Berlinklausel	544
VI. Landesrecht	544
§ 46 Änderung von Vorschriften	545
§ 47 (weggefallen)	545
§ 48 Inkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften	545
Anhänge	549
Anhang 1: 1.–3. Bundeswaldinventur-Verordnung	549
Anhang 2: Forstschäden-Ausgleichsgesetz	557
Anhang 3: Dokumentation des Forstrechts der Bundesländer	563
Stichwortverzeichnis	583
Hinweise zur Vorschriften-Datenbank	
I. Informationen zur Registrierung und Anmeldung	591
II. Liste der online abrufbaren Vorschriften	592